Tagesblatt für Politik, Unterhaltung, Geschäftsverkehr, Börsenbericht, Fremdenliste.

Bezugspreis für vierteljährlich M. 2.50, durch die Post M. 2.70. — Annahme v. Ankündigungen Pirnaische Str. 20 v. 8–3, Sonntags bis 12 Uhr. In Neustadt: Gr. Klostergasse 5, nur an Wochentagen bis 5 Uhr. Die 1spaltige Grundzeile (ungefähr 8 Silben) 15 Pfg., für Dresden oder nach Heimatsort 20 Pfg. Unterm Strich (Eingesandt) Zeile 40 Pfg. Ankündigungen auf der Vorderseite Zeile 30 Pfg. Eine Bürgschaft für die nächsttägige Aufnahme der Anzeigen wird nicht gegeben. Auswärtige Ankündigungsaufträge gegen Vorherbezahlung durch Briefmarken oder Nachnahme.

Für Aufgabe eingesandter Schriftstücke keine Verbindlichkeit. Ankündigungen nehmen sämmtliche namhafte Annoncenexpeditionen an. Fernsprechstelle Nr. 11.

Dresdner Nachrichten

35. Jahrgang.
Aufl. 48,500 Stück.

Dresden, 1890.

Meyer's Tricot-Schlafröcke, gesund, leicht, weich, warm.
Dresdner Schlafrock-Fabrik von **S. Meyer jun.,** Frauenstr. 4 u. 5.

Julius Bentler
Dresden
7 Wallstraße 7
empfiehlt in grösster Auswahl:
Eiserne Oefen und **Herde,**
Haus-, Küchen- u. Landwirthschafts-Geräthe.

Lederwaaren-Specialität!
Photographie-Albums. — Damentaschen.
— Reise-Artikel. —
Bernhard Rüdiger, Wilsdrufferstr. 2 (nächst dem Altmarkt).

MATTONI's GIESSHÜBLER frischer alkalischer SAUERBRUNN
Bestes Tisch- u. Erfrischungsgetränk, erprobt bei Husten, Halskrankheiten, Magen- u. Blasenkatarrh.
HEINRICH MATTONI in Giesshübl-Puchstein b. Karlsbad.

W. Höffert,
Kgl. Sächs. u. Kgl. Preuss. Hofphotograph,
Dresden, Kaufhaus, Seestrasse No. 10.
Berlin, Leipzigerplatz 12.

Prof. Dr. Jäger's Normal-Tricotstoffe, Neuheiten in grossartiger Auswahl empfiehlt die concessionirte Haupt-Niederlage **Jean Schieme Nachf.,** 26 Schloss-Strasse 26.

Nr. 170. Spiegel: Helgoland deutsch. Deutsch-englischer Ausgleich in Afrika. Hofnachrichten, Gewerbestatistik, Militärisches, Staatseisenbahnen, Gerichtsverhandlungen, Tagesgeschichte. „Tannhäuser", Meyer's Conversationslexikon. | **Donnerstag, 19. Juni.**

Verantwortlicher Redakteur für **Politisches** Dr. Emil Sterch in Dresden.

Helgoland wird deutsch! Das ist die interessante Neuigkeit, mit welcher der Telegraph am Dienstag Abend alle Welt überrascht hat. Das Geheimniß ist gut gewahrt gewesen. Niemand dachte an diese Wendung. Die Abtretung der Insel Helgoland von England an Deutschland stellt sich als ein Theilstück des Abkommens dar, das beide Reiche wegen Abgrenzung ihres Gebietsumfanges in Afrika einzugehen im Begriff sind. Eine wunderbare Zusammenstellung! Der Tanganikasee im Innern Afrikas kommt in Beziehung zum Leuchtthurm auf Helgoland, das Negerreich Uganda fällt unter die britische Macht, die uns dafür den Badestrand einer vor der Elbmündung gelegenen Insel abtritt! England macht bei diesem Tausche ein geradezu brillantes Geschäft. Helgoland hat für Großbritannien so gut wie gar keinen Werth. Es bringt ihm Nichts ein, sondern kostet ihm jährlich einige Tausend Pfund Sterling. Wiederholt ist die Abtretung der Insel an Deutschland in Frage gekommen; England behielt jedoch stets diesen Trumpf in seiner Karte, jetzt spielt es ihn aus, um einen fetten Stich in Afrika zu machen. Die alte friesische Insel ist 1807 kraft eines Gewaltstreichs in englischen Besitz gekommen. Helgoland gehörte seit vier Jahrhunderten zu Holstein, dessen Herzöge zugleich Könige von Dänemark waren. Da Dänemark zu Frankreich hielt, bemächtigte sich 1807 England der damals dänischen Insel. Der Wiener Kongreß hat jene Aneignung bestätigt. Die Insel hat 4000 Meter im Umfang, ihr Flächeninhalt beträgt nicht mehr als ein Hundertstel einer Quadratmeile. Es ist bewohnt von etwa 2000 Menschen; die Einwohner nähren sich als Seeschiffer, vom Fischfang und von der Fremden-Industrie. Bekanntlich ist Helgoland eines der besuchtesten Seebäder; es sind fast ausschließlich Deutsche, die dort baden und Seeluft einathmen. Die Einwohner sind Deutsche, dem Friesenstamm angehörig; Umgangs-, Amts- und Kirchensprache ist deutsch.

England hat sich Helgolands wiederholt als Stützpunkt für Aktionen militärischer, politischer und commerzieller Natur bedient. Zur Zeit der napoleonischen Continentalsperre war Helgoland der Hauptstapelplatz zur Einschmuggelung von Kolonialwaaren nach Deutschland. In den schleswig-holsteinischen Kriegen 1848/49 und 1864 stellte England, das auf der Seite Dänemarks gegen Deutschland stand, die Insel Helgoland den Dänen als Stützpunkt ihrer Kriegsoperationen zur Verfügung. Ein gut geleiteter Beobachtungsdienst vom Helgoländer Leuchtthurm versorgte die nahen englischen Kriegsschiffe mit wichtigen Nachrichten, die sie der dänischen Flotte weiter signalisirten. Die vom österreichischen Admiral Tegethoff auf der Höhe von Helgoland geschlagene dänische Flotte rettete sich vor der Verfolgung in die neutralen Helgoländer Gewässer. Seit dieser schmählichen Verwerthung einer ursprünglich deutschen Insel gegen Deutschland ist der Wunsch nach ihrer Erwerbung wiederholt aufgetaucht. Helgoland hat für Deutschland unzweifelhaft hohen militärischen Werth. Vor den Mündungen der beiden Ströme Elbe und Weser, nahe unserem großen Kriegshafen Wilhelmshafen mit seinen werthvollen militärischen und maritimen Etablissements liegend, bildet Helgoland im Besitze einer fremden Macht stets, wenn nicht eine Bedrohung, doch ein bedenkliches Fragezeichen für unsere Operationen zur See. Wenn der Nordostseekanal, der in der Nähe der Elbmündung seinen westlichen Ausgang erhält, fertig sein wird, wächst der militärische Werth Helgolands noch um ein Erhebliches. Insofern wird die Genugthuung darüber, daß eine Insel, welche die Operationen unserer Flotte wesentlich erleichtern oder erschweren kann, endlich in unseren Besitz kommt, allseitig groß sein. Helgoland, dessen rothe Kalkfelsen sich schroff aus der See erheben, ist eine natürliche Festung, genauer: ein weit in das Meer hinaus vorgeschobenes Fort, das als Stützpunkt unserer Flotte eine bedeutsame Rolle zu spielen berufen ist. Eine Forderung, die natürlichen Vertheidigungsmittel durch Anlegung von Festungswerken zu verstärken, wird nicht lange ausbleiben.

Die Bewohner Helgolands werden die Abtretung der Insel mit gemischten Gefühlen aufnehmen. Sie büßen ihre fast unbeschränkte Unabhängigkeit ein, sie werden dem Militärdienste unterworfen, auch die Zollverhältnisse dürften sich zu ihren Ungunsten verändern, denn bisher war die Waareneinfuhr (bis auf Spirituosen) zollfrei. Dem stehen wirthschaftliche Vortheile gegenüber. England bekümmerte sich um die Insel so gut wie gar nicht. Es that Nichts zum Schutze der Insel gegen die zerstörende Gewalt der Meereswogen. Die dringende Bitte der Helgoländer um Anlegung eines Schutzhafens stieß in England stets auf Achselzucken. Darin kann Manches besser werden. Eine Abstimmung der Inselbewohner, ob sie mit der Abtretung ihres Landes einverstanden sind, ist nicht in Aussicht genommen — zwei große Reiche können das Zustandekommen einer Abmachung, welches ihren Besitzstand in Afrika, ihre guten Beziehungen und ihre ganze europäische Politik aufs Tiefste beeinflußt, nicht vom Ja oder Nein einiger Hundert Schiffer und Fischer abhängig machen. Um jedoch den Insulanern keine Gewalt anzuthun, werden die zwischen der englischen und der deutschen Nationalität wählen (optiren) dürfen. Das Deutsche Reich wird die Gemeindeverfassung und die sonstigen Eigenthümlichkeiten der Helgoländer mit schonender Hand pflegen. Die bisherige Sitte, daß sich verliebte Paare auch ohne Beibringung von Legitimationspapieren von dem Helgoländer Geistlichen richtig trauen lassen konnten, wird freilich wegfallen. Die Insel selbst wird wahrscheinlich neues „Reichsland" werden, man kann es auch zu Schleswig-Holstein schlagen, zu dem es landschaftlich und geschichtlich gehört; eine Abänderung der Reichsverfassung ist jedoch unumgänglich. Indem Kaiser Wilhelm Helgoland dem Körper des Deutschen Reiches einverleibt, erwarb er sich im Frieden den Titel eines „Mehrers des Reichs". Es ist ein Erfolg, auf den er und sein Kanzler Caprivi stolz sein können.

Nun kommt jedoch das „Aber". England hat sich die Abtretung der für es selbst so gut wie nutzlosen Insel theuer genug bezahlen lassen. Den Preis zahlen wir in Afrika. Deutschland muß als Ersatz die Kolonie Witu und die angrenzende Somaliküste abtreten. Zugegeben, daß diese Gebiete werthvoller für England als für Deutschland sind, so bedeutet diese Abtretung einen Verzicht auf ein gutes Stück geleisteter Kulturarbeit. Wir setzen voraus, daß England das in das Wituland gesteckte deutsche Kapital vollständig wieder ersetzt. Ein weiteres Stück des englisch-deutschen Abkommens ist, daß England das Protektorat über Sansibar erhält. Diese wichtige Insel geht uns also für alle Zeiten verloren. Es war unsere Hoffnung, Sansibar werde der natürlichen Entwickelung der Dinge zufolge dermaleinst deutsches Eigenthum werden. Jetzt fällt es den Britten in den Schooß. Der Sultan von Sansibar hört, er mag wollen oder nicht, auf, ein selbstständiger Souverän zu sein. Ein Widerstand dagegen ist unmöglich. Andere europäische Mächte haben keinen Anlaß, sich des Sultans anzunehmen. Einen kleinen Vortheil für uns hat seine veränderte Stellung: die deutsch-ostafrikanische Gesellschaft hatte ihren Besitz auf dem Festlande von dem Sultan bisher nur gepachtet; ihre Ländereien gehen nunmehr in ihr freies Eigenthum über. Große Vortheile erreicht aber England durch die Abgrenzung der beiderseitigen Gebiete im Innern Afrikas. Es bekommt den größten und zugleich auch den werthvollsten Theil des noch herrenlosen Landes; namentlich erhält es das viel genannte Königreich Uganda mit seinen 3 Millionen arbeits- und entwickelungsfähigen Afrikanern. Auch das Seengebiet fällt fast ganz an England. Wir Deutsche müssen da große Hoffnungen begraben. Die Erwerbungen Stanley's werden anerkannt, diejenigen des Dr. Peters preisgegeben. Ein Zugeständniß allerdings hat uns England gemacht: es räumt uns das Hinterland der deutschen Küste bis zum Kongostaate ein; wir erhalten damit Anschluß an diesen Staat, und zwar ohne das von England begehrte Wegerecht, d. h. ohne Ueberlassung einer Straße an England, die sich zwischen unser Gebiet und den Kongostaat schieben sollte.

In Afrika, von weiteren Einzelheiten abgesehen, hat also Deutschland an England ganz gewaltige Zugeständnisse gemacht. Zu diesen Opfern wurde es im Hinblick auf die Gesammtlage der europäischen Politik veranlaßt. Es ist bekannt, daß der vornehmste Grund des Beitritts Italiens zum Dreibund die freundliche Haltung Englands zu demselben ist. Italien verlebt sich mit Recht darauf, daß England es im Ernstfalle gegen Frankreich zur See vollständig schützt. So allein wird Frankreich in Schach gehalten. Ein Konflikt Deutschlands mit England würde in Italien schwer fühlbar werden. Das deutsch-englische Abkommen dient also dem Frieden, und da es uns in den Besitz Helgolands bringt, müssen wir die in Afrika zu bringenden Opfer mit in den Kauf nehmen.

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 18. Juni.

Berlin. Reichstag. Auf der Tagesordnung steht die 1. Berathung des Nachtragsetats betr. die Erhöhung der Besoldungen der Beamten und Offiziere. Staatssekretär v. Maltzahn-Gültz begründet die Ueberschreitung der seinerzeit vom Reichstage bezüglich der Verbesserung der Beamtenbesoldungen beschlossenen Resolution durch die Vorlage. Nachdem die Regierung das gleiche Bedürfniß auch bei solchen Kategorien fand, welche die Resolution nicht besonders namhaft machte, dürfte sie sich durch dieses rein formelle Moment nicht abhalten lassen. Es habe Erstaunen erregt, daß die Vorlage weiter gehe, als man in Preußen gegangen sei. Aber in Preußen war man auf die Verwendung eines bestimmten Betrags angewiesen und mußte sich darnach einrichten, für das Reich bestand diese Beschränkung nicht. Die Diener des Reiches, welche den militärischen Rock tragen, konnte man von einer allgemeinen Besoldungs-Verbesserung nicht ausschließen, da für sie genau das Gleichbedürfniß bestand, wie für die übrigen Diener des Reiches. Die Leistungsfähigkeit des Reiches sei allenthalben berücksichtigt worden. Die Einzelstaaten würden in diesem Jahre etwa 73 Millionen mehr aus den Reichs-Einnahmen, an denen sie betheiligt sind, empfangen, als veranschlagt. Nach dem Etat für 1890/91 übersteigen die Ueberweisungen an die Einzelstaaten die Matrikularbeiträge um 45 Millionen, welcher Betrag sich durch die Nachtragsetats, wenn dieselben unverändert angenommen werden, auf 11 bis 12 Millionen vermindert. Thatsächlich wird derselbe aber nach den bisherigen Einnahme-Ergebnissen viel höher sein und dem im Etat vorgesehenen nahekommen. Das Jahr 1891/92 stellt sich insofern günstig, als man es in demselben nicht mit der Deckung eines übernommenen Defizits zu thun hat; dem stehen aber wachsende Mehrausgaben für Militärzwecke, für Ostafrika und vor Allem für die Durchführung der Alters- und Invaliditätsversicherung gegenüber. Unter solchen Umständen werde man nicht daran denken dürfen, auf Einnahmen, die 100 Millionen mehr bringen, wie die Kornzölle, ganz oder theilweise zu verzichten. v. Benda (kons.): Wenn hier im Reiche viel weiter gegangen werde, wie in den Einzelstaaten, so werde das einen Sturm der Entrüstung hervorrufen. Seine Freunde erklärten sich nicht prinzipiell gegen die Verbesserung der Gehälter der Offiziere, wie sie ja auch in Preußen zu gegebener Zeit für eine Besserung der Besoldungen der Landräthe stimmen würden; aber es könne im Reiche nicht einseitig vorgegangen werden. Bedauerlich sei, daß diese so wichtige Vorlage erst jetzt gegen Schluß der Session eingehe; es werde schwer sein, sie in den wenigen Tagen noch zu erledigen. Hoffentlich gelinge dies Herrn v. Huene als Vorsitzenden der Commission noch. Wenn die Offiziere und höheren Beamten ausgeschieden würden, blieben immer noch 15 Millionen zu bewilligen übrig. Diese Bewilligung ist nach dem Vorgange Preußens nicht zu umgehen. Singer (Soz.): Die ungeheuren Lasten, die der Militarismus auferlege, müßten zum finanziellen Zusammensturz führen. Die Gehaltsverbesserungen für die kleinen Beamten seien von der Linken angeregt. Er sei nicht der Ansicht, daß die Grenze der Gehaltsverbesserungen zu eng gezogen werde; aber die Frage der Gehaltsverbesserungen für Offiziere und Aerzte sei nur im Zusammenhange mit der Verbesserung der Richter ꝛc. erledigt worden. Wenn der Regierung an der Erledigung dieser Vorlage gelegen war, so hätte sie dieselbe nicht mit den Offizieren und Aerzten bepacken dürfen. Wollte sie aber die Vorlage erweitern, so hätte sie zuerst an die pensionirten Unterbeamten und deren Wittwen und Waisen denken wollen. Auch die Invalidenpensionen seien zu kärglich. Die Verbesserung der Offiziersgehälter würde namentlich der Bevölkerungsklasse zu Gute kommen, die schon große Vortheile durch die Zoll- und Steuerpolitik haben. Seine Partei lehne die Erhöhung der Gehälter der Offiziere und Aerzte und der höheren Beamten ab und stimme der der kleinen und mittleren Beamten zu, trotz der schlechten Finanzlage und trotz der großen Noth in weiten Kreisen der Bevölkerung. Graf Behr (Reichsp.) kann nicht seine Verwunderung darüber zurückhalten, daß die Regierungsvorlage so weit über die Resolutionen des Reichstages hinausgegangen und daß die Reichsregierung mit der preußischen Regierung nicht Hand in Hand gegangen sei. Wir seien doch nicht in der glücklichen Lage, mit vollen Händen zu geben. Seine Freunde würden sich darauf beschränken, den unteren und mittleren Beamten zu gewähren, was denselben in Preußen gewährt sei. Im Uebrigen solle natürlich aufgeschoben nicht aufgehoben sein; aber weitergehen könne man nur, wenn die Mittel dazu verfügbar seien. Richter (freis.): Er habe sich im vorigen Jahre für die Besoldungs-Verbesserungen interessirt, aber Das, was er verlangte, habe nur etwa ein Drittel dessen erfordert, was jetzt beansprucht werde. Von den Offizieren sei damals überhaupt nicht die Rede gewesen. Die Verhältnisse der Offiziere und der übrigen Beamten seien ganz verschieden; der Offizier komme viel früher in eine besoldete Stellung wie der Beamte und er erlange die Pensionsberechtigung viel früher. Dauernde Gehaltsaufbesserungen seien nur zulässig, soweit dauernde Deckung dafür vorhanden sei; eine Verpflichtung für daraus etwa nothwendig werdende neue Steuern zu stimmen, übernehme er keinesfalls. Richter verlangt schließlich die Erweiterung der Alterszulage und Wegfall der Stellenzulage. Hahn erklärt die Zustimmung der Conservativen zu den Gehaltserhöhungen der Offiziere. Staatssekretär v. Bötticher: Die Vorlage halte sich in Grenzen, die durch eiserne Einnahmen des Reichs gedeckt seien. Verbessere man die Civilbeamten, so müsse man auch die korrespondirenden Offiziersstellen verbessern. Kriegsminister Verdy du Vernois: Es handle sich nicht um ein Benefizium für Offiziere, sondern um die langjährig erkannte Nothwendigkeit für die Armee. Von ihrem Gehalt könnten die Offiziere keine Familie gründen. Windthorst will auch das Militär bedenken, wenn die Mittel vorhanden sind. Solches sei aber nicht der Fall. Die Offiziere müßten zunächst die vom Kaiser gegebene Mahnung zur Sparsamkeit befolgen. Rickert ist gegen die Stellenzulage. Staatssekretär v. Maltzahn-Gültz führt aus, daß dadurch eine völlige Umarbeitung der Vorlage bedingt würde. Miquel wünscht die Feststellung der Grundsätze für die Vertheilung der Stellenzulagen, sowie der Alterszulagen für Reichsbeamte. — Die Vorlage geht an die Budgetkommission über. — Morgen: Gewerbegerichte.

Berlin. Der Kaiser begiebt sich morgen zur Denkmalseinweihung nach Wernigerode. Am Freitag besucht der Kaiser die Krupp'schen Werke. — Die Abendblätter bekunden durchweg die Genugthuung der Erwerbung Helgolands. Die „Kreuzztg." schreibt: Helgoland bietet materiell durchaus nicht Ersatz für Witu. Unter dem nationalen Gesichtspunkt aber ist die Abtretung freudig zu begrüßen. Es ward seither als Schmach empfunden, daß die Elbemündung noch immer von einer auswärtigen Macht beherrscht wurde.

Dessau. Das Denkmal Mendelssohn's ist in Gegenwart des Hofes und der Prinzessin Friedrich Karl feierlich enthüllt worden.

Wien. Kalnoky muß infolge leichten Fiebers das Zimmer hüten.

Rom. Der König von Italien besucht im Oktober Berlin.

London. Lord Salisbury motivirte in einer Note an den Botschafter Malet die Abtretung Helgolands. Die Abtretung habe keinen defensiven militärischen Werth, die Insel würde die Verantwortlichkeiten Englands in Kriegszeiten wesentlich erhöht haben, ohne zu dessen Sicherheit beizutragen.

Petersburg. Die Cholerine in Taschkent wird dementirt.

Die Berliner Börse eröffnete matt, befestigte sich aber auf Besserung der deutschen Fonds und ermattete später abermals auf unbestätigte ungünstige Gerüchte. Das Geschäft war beschränkt, nur Banken und Bergwerke waren vorübergehend belebt. Cassaverkehr ruhig und vorwiegend gut behauptet. Deutsche Fonds erholt. Privatdiscont 3⅞ Proz. Nachbörse fest. — Wetter: Regnerisch, Westwind.

Frankfurt a. M. (Abendbl.) Credit 202,75. Staatsb. 198,60. Lomb. 139,50. Galizier —,—. Egypter 98,60. Ung. Ung. Gulder. 89,10. Disconto 230,90. Dresdn. Bk. 155,10. Laura 142,50. Italiener —,—. Behauptet.

Paris. (Schluß.) Rente 91,87. Anleihe 106,50. Italiener 96,29. Staatsbahn 592,50. Lombarden 200,00. do. Prioritäten —. Spanier 74⅞. Egypter 489,37. Ottomanen 612,50. Giroanpte 617,50. Träge.

Paris. Produkten (Schluß.) Weizen per Juni 25,60, per Septbr.-Decbr. 25,60, behauptet. Spiritus per Juni 36,00, per September-December 37,00, matt. Rüböl per Juni 67,75, per September-December 67,75, behauptet.

Amsterdam. Produkten (Schluß). Weizen per November 195. Roggen per October 129, per März 122.

London (Produkten-Bericht). Getreide ruhiger, fest nominell, unverändert. Mais fest. — Wetter: Schön.

Oertliches und Sächsisches.

— Vorgestern früh 7 Uhr traf Se. Königl. Hoheit Generalfeldmarschall **Prinz Georg** auf dem Kavallerie-Exerzierplatze ein, um der Besichtigung des Regiments-Exerzierens des Gardereiter-Regiments beizuwohnen, dessen 2. Eskadron jetzt von Sr. Königl. Hoheit dem Prinzen Friedrich August geführt wird. Die Besichtigung erfolgte im Beisein des Divisions-Kommandeurs Generallieutnants v. Reyher, Exc., durch den Generalmajor v. Kirchbach und dauerte bis halb 9 Uhr. Auch Ihre Königl. Hoheit Prinzeß **Mathilde** war zu Pferde erschienen, um dem Exerzieren zuzusehen. Se. Königl. Hoheit Prinz **Georg** nahm um 2 Uhr an dem Mittagessen im Offizierskasino des Gardereiter-Regiments theil.

— Se. Königl. Hoheit Prinz **Georg** besuchte gestern Vormittag die Kunstausstellung von Thamm, Ferdinandstraße.

— Kriegsministerial-Assessor Paul **von Ammon** wurde zum Regierungs-Assessor ernannt.

— Der japanische Gesandte in Wien, Graf **Uijaka Toda** ist mit Familie zu längerem Aufenthalte hier eingetroffen.

— Finanzminister v. **Thümmel**, Exc., besichtigte am 16. d. M. die Königl. Porzellan-Manufaktur in Meißen in Begleitung der Herren Geheimrath Heymann und Geheimen Finanzrath Freiesleben.

— Die sächsische Regierung hat auf eine Anfrage der Reichsregierung die Aufnahme einer allgemeinen **deutschen Gewerbestatistik** befürwortet. Das statistische Amt in Dresden hat be-

Dresdner Molkerei (Gebr. Pfund, Pauquetstr. 41/42). Butter täglich 3 Mal frisch.